

„info links“ wünscht  
allen Lesern  
ein frohes Fest und  
ein gutes Neues Jahr!

## Alles Gute zum Neuen Jahr



Foto: Wolfgang Schmidt

**F**ür 2006 wünsche ich allen Lichtenbergerrinnen und Lichtenbergern Gesundheit, Glück und Optimismus. Mögen Sie und Ihre Familien sich in unserem Heimatbezirk wohl fühlen und gern hier leben.

Viel Arbeit wartet auf das Bezirksamt. Gleich zu Beginn des Jahres wird das Projekt „Bürgerhaushalt“ in seine Abschlussrunde gehen. Die bisherigen Veranstaltungen zeigen, dass die Beteiligung an der Vergabe von Haushaltsmitteln auf Interesse stößt und wir auf dem richtigen Weg zu mehr Demokratie sind. Gegenwärtig beraten wir in den Stadtteilen mit Bewohnerinnen und Bewohnern Maßnahmen, die aus deren Sicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen können.

Mit dem vom Abgeordnetenhaus bestätigten Haushalt 2006 sowie den Mitteln aus unterschiedlichsten Förderprogrammen werden

*Gesine Lötzsch und Christina Emmrich prägen seit langem das politische Gesicht des Bezirks.*

wir den Bezirk noch attraktiver und lebenswerter gestalten. Insbesondere in die Sanierung von Schulen werden nicht unerhebliche Summen fließen.

Auch das kulturelle Leben, Feste und Feiern werden das Zusammenleben im Bezirk prägen. Im Mai wird das erste Deutsch-Russische Kulturfest auf der Trabrennbahn Karlsruhorst stattfinden und sicher viele Berlinerinnen und Berliner anziehen. Und auch das Bezirksfest am Prerower Platz wird es wieder geben. Der Bezirk hat viele ehrenamtlich Engagierte, freie Träger und Verbände, Wohnungs- und Wirtschaftsunternehmen, die alle ihren Teil zur Gestaltung des Bezirkes leisten. Auf dieses gemeinsame Handeln freue ich mich.

*Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin*

### Auf ein besseres Jahr

Von Dr. Gesine Lötzsch, MdB

Hinter uns liegt ein Jahr voller politischer Turbulenzen. Der Bundestag wurde vorzeitig gewählt. Gerhard Schröder ist nicht mehr Kanzler, dafür ist mit Angela Merkel eine ostdeutsche Frau im Amt. Wird aber deshalb die Politik besser für den Osten und besser für Frauen?

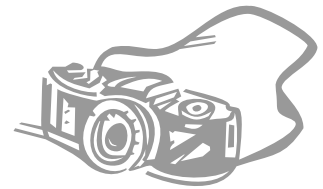
Die Koalitionsvereinbarung, die CDU und SPD miteinander geschlossen haben, lässt diesen Schluss nicht zu. Ob für den Osten und für die Frauen mehr herauskommt, wird davon abhängen, wie deutlich die Menschen außerhalb von Parlamenten und Regierungen ihre Forderungen formulieren.

Hier in Lichtenberg arbeiten wir intensiv an dem Projekt Bürgerhaushalt. Manch einer fragt sich, ob dieser Aufwand für die Verteilung von 30 Millionen Euro nicht übertrieben groß ist. Ich finde nicht. Es ist gut, wenn wir es hier im Bezirk schaffen, dass möglichst viele wissen, wie Mechanismen und Entscheidungsabläufe funktionieren. Dann werden auch mehr Menschen als bisher sich in Entscheidungen auf Landes- und vielleicht sogar auf Bundesebene so einmischen, dass ihre Interessen nicht völlig verdrängt werden können. Das ist nicht einfach, aber notwendig. Internationale Konzerne, Staatsschefs, Regierungsapparate sind gut vernetzt. Abhängig Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner sind es erst vereinzelt.

Ich finde, es wäre ein gutes Ziel, das Jahr 2006 zum Jahr der Vernetzung, der Unterstützung und Solidarität an der Basis zu machen. Die Lichtenberger Linkspartei.PDS und ich werden unseren Beitrag dazu leisten. Dann wird 2006 auf alle Fälle besser als das Jahr 2005.

### In dieser Ausgabe

- Report von der Hauptversammlung der Linkspartei.PDS Lichtenberg (Seite 2)
- Jugend gegen Rechts (Seite 3)
- Aus Bezirk und BVV (Seiten 4 und 5)
- Vor 10 Jahren: 1. PDS-Bürgermeister in Berlin (Seiten 5 und 6)
- Bericht aus dem Bundestag (Seite 7)



## Populistisch und vorgestrig?

Aus den Reden auf der Hauptversammlung der Linkspartei.PDS am 19. November 2005

### Annegret Gabelin:

Wie so oft haben wir es in Berlin mit einem Sonderfall zu tun. Hier besteht die WASG nicht in erster Linie aus ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die aus Protest gegen die Agenda 2010 – wie in den alten Bundesländern – eine neue Partei gegründet haben, sondern hier sammeln sich in der WASG auch viele Unzufriedene mit der Regierungsbeteiligung der PDS an sich und mit der konkreten Senatspolitik, viele ehemalige PDS-Mitglieder und Vertreter des gescheiterten Volksbegehrens zur Abwahl des Senats. Es gibt eine Mehrheit in der Berliner WASG, die einen eigenständigen Antritt zur Wahl will. Sie agiert gegenüber der Linkspartei mit Ultimaten und stellt das Grundverständnis bisheriger Landespolitik der Linkspartei.PDS in Berlin in Frage.

Seit dem Sommer gibt es Gespräche der Verhandlungsgruppen beider Landesvorstände. Wir wollen zur Wahl 2006 in Berlin gemeinsam antreten und Kurs auf die Verschmelzung beider Parteien bis 2007 nehmen. Wir werden Arbeitsgruppen bilden, dort Konsens und Dissens ausloten, öffentliche Foren vorbereiten und damit einen Beitrag zur Debatte des Wahlprogramms leisten.

### Bernd Ihme:

Was ist daran populistisch und vorgestrig – wie Matthias Platzeck auf dem SPD-Parteitag sagte –, wenn die Linkspartei.PDS fordert,

- dass ein gesetzlich gesicherter Mindestlohn eingeführt wird,
- dass eine Bürgerversicherung beschlossen wird, in die alle einzuzahlen haben,
- dass die EU-Dienstleistungsrichtlinie verhindert wird, weil sie zu Lohndumping, Abbau von Arbeitsplätzen und Aufhebung sämtlicher Tarifverträge im Dienstleistungssektor führt,
- dass, wer große Profite macht, auch entsprechend mehr Steuern zahlen muss,
- dass Steuerflucht ins Ausland und Steuer-oasen verboten werden,

- dass Mehrwertsteuererhöhungen abgelehnt werden müssen,
- dass eine grundlegende Bildungsreform ansteht,
- dass für Ostdeutschland ein Neuanfang in der Entwicklungs- und Förderungspolitik gebraucht wird,
- dass deutsche Soldaten nicht in Kampfeinsätze rund um den Globus geschickt werden dürfen?

### Gesine Löttsch:

Wichtig ist für mich unter anderem auch die Frage, wie wir die vielen Kontakte, die wir im Wahlkampf neu geknüpft haben, aufrecht erhalten und stabilisieren können. Ebenso wichtig ist für mich, wie es gelingen kann, die vielen Genossen, die sich seit langer Zeit wieder an aktiver Parteiarbeit beteiligt haben, dicht an der Partei halten zu können. ...

Wir sind sicher die Partei, die in den meisten Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen in unserem Bezirk am besten verankert ist. Aber trotzdem müssen wir uns fragen, wie es gelingen kann, dass wir besser voneinander wissen und uns besser gegenseitig sinnvoll unterstützen.

# KRIEGSSPUREN



Das Deutsch-Russische Museum zeigt noch bis zum 19. Februar 2006 Porträts deutscher und russischer Kriegs-Veteranen. Mit diesem Projekt ist dem Dresdner Fotografen Martin Hertrampf ein Denkmal im wahrsten Sinne des Wortes gelungen. Er lässt uns in Gesichter schauen, die gezeichnet sind vom Erlebten. Trauer, Siegerstolz, Verdrängung, Schweigen, Heldenverehrung – das alles hat sich auf unterschiedliche Weise in die Physiognomie eingegraben. So unterschiedlich auch der Umgang mit der eigenen Vergangenheit und die Bewertung des eigenen Handelns sein mö-

gen, die zerstörerische Kriegserfahrung hat alle geprägt. Die Porträts sind anonym, zwingen gerade deshalb zur Auseinandersetzung. Vergessen wir nicht: Es sind letzte Zeitzeugen, die Auskunft geben, einige sind wohl inzwischen schon nicht mehr am Leben. Wir sehen Bruchstücke einer weit zurück- und auseinanderliegenden Geschichte, die uns noch immer nicht loslässt.

Inge Uesseler

● Deutsch-Russisches Museum, Zwieseler Straße 4 (Die.-So., 10–18 Uhr, Eintritt frei). **26. Januar 2006, 18 Uhr:** Werkstattgespräch mit Martin Hertrampf.

## Neujahrskonzert

Veranstalter der Neujahrskonzerte am 2.1., (15 Uhr) und am 7.1.2006 (11 Uhr) im Konzerthaus am Gendarmenmarkt ist die Künstleragentur Con Takt in Zusammenarbeit mit dem SOZIALWERK des dfb (Dachverband) e. V.

Mitwirkende sind u.a.: UNDINE-Schirmherrin Dagmar Frederic, Kammersängerin Brigitte Eisenfeld, Maria Mallè, Adina Walentin-Weisenberg, Helena Kaupova, Daniel Magdal, Mitglieder der Chöre der Deutschen Staatsoper Berlin, der Deutschen Oper und der Komischen Oper Berlin sowie die Brandenburger Symphoniker.

Diese Konzerte stehen im Zeichen des 10. Jahrestages von UNDINE. Dieses Wohnprojekt in der Lichtenberger Hagenstraße 57 betreut Frauen und Männer, die von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind, und hilft ihnen, den Lebensalltag in der eigenen Wohnung wieder eigenständig und selbstbestimmt zu meistern.

Ein Teil des Konzerterlöses kommt der Arbeit von UNDINE und damit sozial Bedürftigen zugute. Vorbestellungen unter Telefon: 577 99 40, Fax: 577 99 422 oder per E-mail: sozialwerkdfb@aol.com sowie bei der Künstleragentur Con Takt, im Vorverkauf im Konzerthaus und an Theaterkassen.



## Mit dabei!

[solid] Lichtenberg auf der Silvio-Meier-Demo

Trotz Kälte gingen rund 1000 Jugendliche – und zu unserer Freude auch viele Ältere – an diesem 19. November auf die Straße, um des 1992 von Neonazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier zu gedenken und wie auch in den Vorjahren unüberhörbar auf Nazistrukturen im Bezirk aufmerksam zu machen (Foto).

Am damaligen Tatort, dem U-Bahnhof Samariterstraße, begann die Demonstration, wobei polizeiliche Auflagen die Stimmung unnötig aufheizten. Vor der NPD-Bezirksgeschäftsstelle in der Bornitzstraße fotografierten die Nazis den Demonstrationzug. Das führte zu Protesten, bei denen auch eine Rauchbombe gezündet wurde. Noch hielt sich die Polizei zurück.

Zügig ging es dann mitten in die „Homezone“ der Faschisten, den Weitlingkiez. Beinahe wöchentlich überfallen hier Nazis „anders“ aussehende Jugendliche.

Lautsprecherdurchsagen informierten die Anwohner über rechtsextreme Treffpunkte und aktive Neonazis vor Ort, aber auch über Initiativen, wie die Antifa Hohenschönhausen und das Jugendbündnis ALKALIJ, die im Bezirk gegen Faschisten und ihre angestrebte kulturelle Dominanz kämpfen.

Plötzlich versperrte ein Wasserwerfer an der Kreuzung Weitlingstraße/Sophienstraße den Weg. Dahinter versammelten sich ca. 30

Nazis an der „Kiste“ – einem Stammlokal der Rechten. Dieser Provokation konnten wir ausweichen. An der Kreuzung Margaretenstraße stürzten dann Polizeitrupps brutal in die Demo und zogen einzelne Personen heraus. Teilnehmer wurden geschlagen und getreten.

Die Abschlusskundgebung fand am Bahnhof Lichtenberg statt, wo nur Tage vorher Neonazis einen antifaschistischen Infostand überfallen hatten (→ siehe Interview). Wieder schützte die Polizei die fotografierenden Na-

zis. Die 23. Einsatzhundertschaft attackierte massiv die Versammlung wegen angeblicher Verstöße gegen das Vermummungsverbot. Ein bewusster Antifaschist musste im Rettungswagen abtransportiert werden.

Wir bleiben dabei: Erst eine individuelle Kennzeichnung und ein Vermummungsverbot auch für Polizisten kann eine solche staatliche Eskalationsstrategie wirksam stören. Für ein antifaschistisches Lichtenberg!

[solid] Lichtenberg – st/gb/gw



Foto: Oliver Theven

## Nazi-Bezirk?

Daniel Tietze, aktiver Unterstützer der Silvio-Meier-Demo und für die Linkspartei. PDS in der BVV, stellte sich den Fragen von „info links“.

● „info links“: Daniel, du hast gemeinsam mit Jugendlichen an den 13. Todestag von Silvio Meier erinnert. Warum ist dieses Ereignis für euch so wichtig?

● **D. Tietze:** Mit dem Tod von Silvio Meier ist ein politisch handelnder Mensch Opfer von rechtsextremem Gewalt geworden. In diesem Sinne ist die Erinnerung an die Untaten von Gestern eine Mahnung für das Heute.

● „info links“: Worum ging es konkret bei der diesjährigen Demo?

● **D. Tietze:** Die Demonstration machte auf die so genannten Homezones für Rechtsextremisten in Berlin aufmerksam und setzte dabei einen Schwerpunkt auf den Bezirk Lichtenberg. Hier haben viele Führungskader von NPD und Kameradschaften ihren Wohnsitz. In

mindestens einer Region um den Bahnhof Lichtenberg, so sagen die Veranstalter der Demo, ist auch eine Dominanz rechtsextremer Kultur im Werden begriffen. Als Bezirkspolitiker teile ich diese Einschätzung, obwohl der Bezirk Lichtenberg nicht per se als rechtsextrem bezeichnet werden darf. Gefährdungen sehe ich jedoch in einigen wenigen Regionen des Bezirks und in der gestiegenen Anzahl politisch motivierter Straftaten von Rechts wie das Verunstalten antifaschistischer Gedenkstätten, Gewalttaten gegen „andere“ Menschen oder der nachweisbare Aufbau einer rechtsextremen Infrastruktur.

● „info links“: Ihr habt das ja gerade am eigenen Leib erfahren. Was ist passiert?

● **D. Tietze:** Im Vorfeld der Demonstration ist ein von antifaschistischen Jugendlichen organisierter Infostand am helllichten Tag vor dem S-Bahnhof Lichtenberg mit Stangen, Eisenketten und Reizgas angegriffen worden. Es gab Verletzte, und wir mussten den Stand

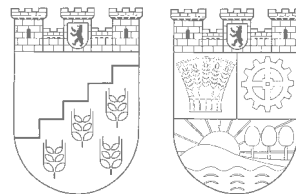
abbrechen. Eine Woche später konnten wir den Infostand dann unbehelligt – aber unter Polizeischutz – durchführen.

● **Dazu folgender Link:**

[http://www.thiloschmidt.de/admin/files/dlr\\_05\\_11\\_18\\_Antifa.mp3](http://www.thiloschmidt.de/admin/files/dlr_05_11_18_Antifa.mp3)

## Wer war Silvio Meier?

Silvio Meier, ein linker Punk, damals 27 Jahre alt, wurde am 21. November 1992 am U-Bahnhof Samariterstraße von 12 jungen Neonazis mit Messerstichen getötet, kurz nachdem er sie mit 3 Freunden zur Rede gestellt hatte. Die Polizei leugnete zunächst den politischen Hintergrund des Mordes, aufgrund intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Demonstrationen wurde die Tat aber weiter untersucht. 3 der 5 Angeklagten sind inzwischen wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge zu Haftstrafen verurteilt worden.



## Bürgerhaushalt bekommt Gestalt

Die Ideenphase bei der Erarbeitung eines Bürgerhaushaltes für Lichtenberg ist abgeschlossen. In fünf dezentralen Bürgerversammlungen und im Internet wurden hunderte Vorschläge gesammelt, um die ca. 30 Millionen Euro, die für den Haushalt 2007 zur Debatte stehen, zu verteilen. 4000 Bürgerinnen und Bürger haben sich bisher beteiligt.

Es ist ein spannender Prozess. Die Chance, mit mehr Mitbestimmung den Bezirk zu gestalten, wird angenommen. Ein Stück direkte Demokratie wird hier gelebt, und alle Beteiligten zeigen, dass es funktioniert. Das Engagement des Bezirksamtes für dieses Projekt ist über Berlin hinaus zum Markenzeichen Lichtenbergs geworden. Dass das vor allem auch mit der Politik der Linkspartei.PDS und ihren Mehrheiten in BVV und Bezirksamt im Bezirk verbunden wird, sollte uns freuen. Alle Verdächtigungen, unsere absolute Mehr-

heit schließe einen demokratischen Diskurs aus, werden unter anderem mit dem Vorgehen beim Bürgerhaushalt widerlegt. Hierbei wird unser Verständnis von der Bürgerkommune Lichtenberg nachdrücklich bewiesen.

Der Bürgerhaushalt 2007 ist natürlich auch ein Test. Es gab und gibt dabei noch viel zu lernen, um künftig die Prozesse und Diskussionsmöglichkeiten noch verständlicher zu machen.

Dass „Haushalt“ und „Finanzen“ zwar allerorten diskutierte, aber auch schwer fassbare Themen sind, hat sich bald gezeigt. Noch so ausgeklügelte Regularien haben die Mitwirkenden nicht davon abgehalten, ihre ganz eigene Debatte zu führen, ihre Interessen zu artikulieren und sich auch nicht davon abhalten zu lassen, dass beim Bürgerhaushalt eigentlich weniger über Verteilen als über Umverteilen geredet werden soll. Vorschläge für weniger Ausgaben waren also selten.

Aber das ist so völlig in Ordnung. Die Politik muss nun zeigen, dass sie in der Lage ist, mit den Vorschlägen umzugehen. Und das

ohne falsche Versprechungen, sondern mit Kreativität und klaren Entscheidungen. Die Linkspartei.PDS wird sich dieser Verantwortung stellen.

Wie geht es nun weiter? Am 21. Januar 2006 wird die Abschlussveranstaltung zum ersten Lichtenberger Bürgerhaushalt in der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) von 14 bis 16 Uhr stattfinden. Hier präsentiert das Redaktionsteam die 54 Ideen und Vorschläge, die jeweils in den fünf Stadtteilversammlungen sowie im Internet die meiste Zustimmung erhalten haben. Nach einem Punktesystem werden dann alle Vorschläge von den Bürgerinnen und Bürgern bewertet und nach Priorität geordnet. Diese „Hitliste“ wird dann der Bezirksverordnetenversammlung überreicht und eine Grundlage für den Haushaltsplan 2007 bilden.

Es gibt für Sie also nichts weiter zu tun, als am 21. Januar 2006 Ihre Stimme dem favorisierten Vorschlag zu geben. Ich lade hiermit alle herzlich dazu ein!

Hendrikje Klein,  
Linke.PDS-Fraktion in der BVV

Die Genossinnen und Genossen der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Lichtenberg von Berlin erinnern in tiefer Trauer an den Mitbegründer unserer Fraktion

### Klaus Pohl

Klaus hat sich mit großem Engagement in die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen der Wendezeit in Lichtenberg eingebracht und viel zum wachsenden Ansehen der Fraktion in der Öffentlichkeit beigetragen. Zweimal hat er als Alterspräsident die Legislaturperiode der Bezirksverordnetenversammlung eröffnet und eindringlich für einen toleranten, sachlichen und bürgerbezogenen Umgang der Bezirksverordneten geworben.

Wir haben ihn als einen Menschen erlebt, der – geprägt durch jähe Wenden in der gesellschaftlichen Entwicklung – mit vielen Erfahrungen unsere Arbeit bereicherte, der sich mit Optimismus und Humor den Problemen der Zeit stellte, der selbstbewusst und überzeugend für eine menschenwürdige Zukunft stritt und der seiner Familie und seinen Freunden ein stets zuverlässiger und aufmerksamer Weggefährte war. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

*Die Mitglieder der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Lichtenberg von Berlin*

## Lange Politiknacht

Mit einer „Langen Nacht der Politik“ wird am 13. Januar das restaurierte Lichtenberger Rathaus gefeiert. Die Angebote der Linkspartei.PDS-Fraktion, deren Räume bis 2 Uhr geöffnet bleiben, folgen dem Motto „Hier gibt's Rotes! Rote Argumente, roten Wein, rote Rüben“. Drei Ausschüsse, die von PDS-Kommunalpolitikern geleitet werden, bieten Informationsveranstaltungen an: Der Kulturausschuss, der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr sowie der Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz.

J. P.

## Bürgeranträge

In der BVV sollen Lichtenbergerinnen und Lichtenberger künftig selbst Anträge stellen können. Sie erhalten ständiges Rederecht. Die bislang vor Eintritt in die Tagesordnung der BVV abgehaltene Einwohnerfragestunde wird regelmäßiger Bestandteil der Tagung.

Diese und weitere Veränderungen in der Geschäftsordnung des Lichtenberger Bezirks-„parlamentes“ werden derzeit von der Linkspartei.PDS-Fraktion vorbereitet.

Helmut Hahn, Sprecher für Kiez- und Bürgerbeteiligung der Fraktion, sagte: „Damit setzen wir die Möglichkeiten der direkten Demokratie auf die lokale Ebene um, die vom Berliner Abgeordnetenhaus im Sommer des Jahres bestimmt worden sind. Dieser bundes-

weit einmalige Vorgang“, so Hahn, „ist zugleich eine echte Herausforderung und Unterstützung auf dem bereits eingeschlagenen Weg zur Bürgerkommune“.

J. P.

## Ohne Rotorenlärm!

Windkraftanlagen in der Barnimer Feldmark würden die Ergebnisse des seit anderthalb Jahrzehnten entwickelten Regionalparks vor den Toren der Stadt vernichten. Auf Initiative des Bezirksverordneten Bodo Papke hat die Linkspartei.PDS-Fraktion in die nächste BVV den Antrag eingebracht, sich beim Senat gegen eine Änderung des Flächennutzungsplanes einzusetzen.

Weitere Anträge der Fraktion an die 48. Tagung auch unter [www.PDS-Lichtenberg.de](http://www.PDS-Lichtenberg.de) Fraktion/Von BVV zu BVV

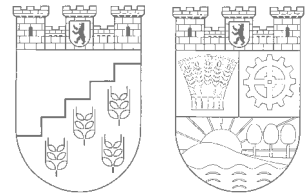
J. P.

## Prävention

„Nutzen Sie unser Bürgertelefon 4664 4664, wir nehmen jede Information auf.“ So ermunterte Jörg Michael Klös von der Polizeidirektion 6 jene Bürger, die zwar die Augen offen hielten, aber sich noch unsicher sind, ob ihre Information eine Anzeige bei der Polizei wert sei. Damit unterstützte er ausdrücklich das Motto „Prävention statt Repression“, mit dem die Linkspartei.PDS-Fraktion kürzlich eine Anhörung zu Fragen von Ordnung und Sicherheit durchführte.

J. P.





## Mut lohnt sich

Am 30. November 1995 wurde Dr. Wolfram Friedersdorff in Lichtenberg zum ersten PDS-Bezirksbürgermeister gewählt. Bärbel Grygier und Rainer Bosse erinnern sich.

● **Bärbel Grygier:** Diese zehn Jahre sind bei mir gerahmt durch gesundheitspolitische Arbeit in der Bonner PDS/LL-Fraktion vor 1992 und ein kurzes Intermezzo als Abgeordnete des Bundestages im Jahre 2002.

Dazwischen lagen interessante zehn Jahre Erfahrung als Kommunalpolitikerin in Ost und West, wobei Friedrichshain-Kreuzberg noch immer die Unterschiede der Himmelsrichtungen, aber keinen geteilten Himmel spiegelt.

Was lohnt sich, weitererzählt zu werden? Die zehn Jahre sind das Ergebnis einer unerschöpflichen Anzahl kleiner und großer Geschichten und bleiben in der Quintessenz doch so einfach: Mut lohnt sich! Besonders vor Ort, weil hier jegliche Aktion und Reaktion sofort erfolgt! Was in diesem Land nicht geregelt oder explizit verboten ist, ist machbar und damit auch erlaubt! Streit ist das Fundament von Entwicklung – für den Einzelnen

und die Gesellschaft. Ansonsten gelten für alle Entscheidungsträger und auch politischen Einmischer die alten Kardinalstugenden: Prudentia, fortitudo, temperantia, justitia (Weisheit, Tapferkeit, Besonnenheit, Gerechtigkeit)!

● **Rainer Bosse:** Das Berliner Abendblatt titelte damals: „Rummel um den ersten PDS-Rathauschef“. Dr. Friedersdorff und Rummel? Wer ihn kennt, weiß, das passt nicht zusammen. Meine Erinnerungen an den Abend in der Schottstraße sind, dass der Rummel vor allem der Anwesenheit mehrerer TV-Teams und einer unverhältnismäßig großen Zahl von Journalisten – nicht nur Berliner Lokalblätter – geschuldet war. Laut Berliner Abendblatt soll es genau 21.10 Uhr gewesen sein, als das Ergebnis des 1. Wahlgangs verkündet wurde. Mit 25 von 43 Stimmen hatte sich der PDS-Mann durchgesetzt. Sein Versprechen, auch als Bürgermeister sachorientiert und bürgernah zu arbeiten, hat er bekanntlich gehalten – wie seine Amtskolleginnen und -kollegen Dr. Bärbel Grygier, Uwe Klett und Dr. Harald Buttler, die in Hohenschönhausen, Hellersdorf und Marzahn nur wenig später für die PDS als Rathauschefs gewählt wurden.

## Lärmschutz

Lichtenberg übernimmt bei der Umsetzung der deutschen Recht gewordenen europäischen Lärmschutzrichtlinie eine Vorreiterrolle, um die Menschen im Bezirk frühzeitig einzubeziehen. Dazu wurden Karten erstellt, in denen die Lärmimmissionen detailliert dargestellt sind. Sie zeigen, an welchen Straßen und Bahnlinien die Anwohner den höchsten Belastungen ausgesetzt sind. Mit Werten zwischen 75 und 80 Dezibel liegen Alt-Friedrichsfelde nahe der Fußgängerbrücke und die Straße Am Tierpark ganz weit vorn. Der stärkste durchschnittliche Verkehr beträgt für Alt-Friedrichsfelde 78000 Fahrzeuge pro Tag.

Im Herbst fanden in jedem der 5 Lichtenberger Stadtteile Bürgerforen statt. Dort wurden die Probleme ermittelt und Vorschläge zur Lärminderung diskutiert. Von den derzeit etwa 200 Bürgervorschlägen berühren ca. 80 Prozent die bezirklichen Zuständigkeiten. Dabei geht es z. B. um die Asphaltierung von Kopfsteinpflasterstraßen, neue Tempo-30-Zonen, die Abschaltung von Ampeln in der Nacht, Straßenbaumpflanzungen oder das Verbot von LKW-Verkehr in bestimmten Straßen. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2006 veröffentlicht.

Vor diesem Hintergrund soll dann von der BVV ein „Lichtenberger Aktionsplan zur Vermeidung und Verminderung von Umgebungslärm“ beschlossen werden. Der fachübergreifende Ansatz des Bezirksamts wird dabei die Möglichkeiten im verkehrsplanerischen und im bauenden Bereich ebenso umfassen, wie ordnungsbehördliche Maßnahmen bei verhaltensbedingtem Lärm.

Weitere Hinweise und Vorschläge sind hochwillkommen. *Andreas Geisel (SPD), Bezirksstadtrat für Umwelt und Gesundheit*



Am 7. November wurden die Dathepromenade und der Heinrich-Dathe-Platz eingeweiht. Was lange währt, wird endlich gut, trotz vieler Versuche, z. B. den Antifaschisten Kowalke gegen den Tiergärtner Dathe mit der Umbenennung eines Straßenabschnitts auszuspielen.

Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich, Dr. Blaskiewicz und auch Karin Rohn sprachen würdige Worte, warum jedoch der Vorsitzende des Kulturausschusses der BVV, der das Ganze einfühlsam und doch prinzipiell begleitet hat, nicht Stellung nehmen durfte, erklärt sich mir nicht. *Jürgen Steinbrück*

## Geld für Projekte

Der Jugendhilfeausschuss will für das Jahr 2006 zwei neue Schwerpunkte setzen. Auf Initiative der Linkspartei.PDS wurde das Bezirksamt ersucht, 177000 Euro, die für die Finanzierung von Schulstationen nicht benötigt werden, zu einem Teil für die Familienförderung zu verwenden. So bekommen „Potpourri – Karlshorster Kiezladen e.V.“ zusätzliche 20000 Euro, die „Sozialdiakonische Jugendarbeit“ 53000, der „Verein für ambulante Versorgung“ 49000 und das Projekt „Lichtblicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ zusätzliche 8000 Euro, um gezielt Familienförderung anzubieten.

Die Jugendmedienarbeit ist der zweite Schwerpunkt. So wird sich Lichtenberg als ausgezeichnete Jugendmedienstandort mit drei vom Bezirk finanzierten Projekten weiter profilieren. Es erhalten die Jugendmedienwerkstatt „Die Lücke“ am Erieseering 43220, das „Jugendfunkhaus“ 32921 und das Projekt „M2B“ 23500 Euro.

So konnte die seit diesem Jahr begonnene Unterstützung von Familien als politischer Schwerpunkt etabliert und Jugendarbeit zusätzlich finanziert werden.

*Christian Petermann, Jugendpolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS in der BVV*

## Unwählbar

In der Novembertagung der BVV wurde Dr. Christina Zühlke (Linkspartei.PDS) in den Aufsichtsrat des Kita-Eigenbetriebs „Kindergärten Nordost“ gewählt. Sie setzte sich mit 26 Stimmen klar gegen Astrid Jantz (CDU, 17 Stimmen) durch.

Christian Petermann, jugendpolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS-Fraktion kommentierte: „Frau Jantz war nicht wählbar. Einen erheblichen Teil ihrer Energien hat sie darauf verwendet, gegen den Erhalt der kommunalen Kitas zu agitieren. Und wer wird schon den Fuchs zum Gänsehirt machen ...“ *J. Pampel*

## Servicebehörde

Von Karin Hopfmann

Vor drei Jahren standen wir vor der Frage: Wie reformieren wir die Berliner Ausländerbehörde? Der damalige Leiter bezeichnete sie selbst abwertend als „ALDI“ im Vergleich zu „Fachgeschäften“. Uns war klar: Ohne neue Führung lässt sich aus der Ausländerbehörde keine Servicebehörde für Zuwandernde entwickeln.

Der entscheidende Anstoß kam von außen. Eine Dokumentation von Journalistinnen und Journalisten „Trauma Ausländer-

behörde“ brachte das Fass zum Überlaufen und die Verwaltung zum Handeln.

Auf Initiative der PDS-Fraktion und einer AG beim Landesvorstand entwickelten die Koalitionsparteien einen Antrag zur Reform der Ausländerbehörde, der zum Beschluss des Abgeordnetenhauses wurde. Erste Versuche einer neuen Kultur des Umgangs mit den Bürgerinnen und Bürgern wurden in einem Teil der Behörde durch Veränderung des Empfangs und der Terminvergabe gemacht.

Ein Novum war die Zulassung von externen Organisationsentwicklern, die die Ausländerbehörde evaluierten, „Kunden“ befragten und Änderungsvorschläge machten. Gleich-

zeitig griff auch die Verwaltungsreform von Rot-Rot: Erstmals wurde eine Zielvereinbarung zwischen Innenverwaltung und Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten geschlossen. Für die Ausländerbehörde wurde ein Indikatorensystem entwickelt, an dem die Qualität der Arbeit gemessen wird.

Das hört sich alles sehr verwaltungstechnisch an, aber begleitend dazu öffnete sich die Behörde auch nach außen: Gespräche mit dem Migrationsrat, Seminare zur Entwicklung interkultureller Kompetenz, Dialogische mit Organisationen gehören heute zum Alltag. Die oft als abweisend empfundene Haltung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird nicht so schnell zu ändern sein. Das bleibt ein langfristiger Entwicklungsprozess.



Foto: Walter Fauck

Am 30. November 1995 wurde Wolfram Friedersdorf zum ersten PDS-Bürgermeister Berlins gewählt. Auf der Veranstaltung „Zehn Jahre danach“ am 30. November 2005 (→ siehe auch Beitrag auf Seite 5 „Mut lohnt sich“) traf er sich mit der heutigen Amtsinhaberin, Christina Emmich (links), und der ehemaligen Bürgermeisterin von Hohenschönhausen, Bärbel Grygier.

## Gesundheitsdienst

Von Ingeborg Simon

Seit zwei Jahren wird die Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Berlin vorbereitet. Auf unseren Druck ging es vor allem um den Erhalt eines Standards für die Gesundheitsversorgung der sozial Schwächsten.

Eine Projektgruppe der Senatsverwaltung für Gesundheit nahm dann die Arbeit auf, an der auch ÖGD-Beschäftigte, die Bezirke und die Abgeordnetenhausfraktionen beteiligt waren. Neben inhaltlichen Fragen ging es – wie sollte es im Haushaltsnotland Berlin auch anders sein? – um die Umsetzung der verordneten Kürzungen von 10 Prozent (8,4 Mio. €) für die nächsten Jahre.

Der Zeitdruck war erheblich, denn vor allem die Bezirke wollten schnell Klarheit über die zukünftigen ÖGD-Strukturen. Allein der hohe Altersdurchschnitt der im ÖGD angestellten Ärztinnen und Ärzte macht die Dringlichkeit eines verbindlichen Stellenschlüssels deutlich.

Manches muss auch korrigiert werden: So wurde in Lichtenberg die Plan- und Leitstelle Gesundheit aufgelöst. Jetzt muss sie nach dem neuen ÖGD-Gesetz als Organisationseinheit für Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination wieder eingerichtet werden.

Leider verweigerte der Finanzsenator zunächst seine Mitzeichnung, so dass die Zeitplanung ins Wanken geriet. Er monierte die im Vergleich mit Hamburg und München angeblich zu üppige Personalausstattung des künftigen Berliner ÖGD. Doch die Gesundheitssenatorin konnte alle Einwände entkräften, so dass die Bezirke Planungssicherheit bekommen und ein Stück soziale Gerechtigkeit Wirklichkeit wird.

## Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses

- **Karin Hopfmann:** ☎ 2325 2596 (im Abgeordnetenhaus – AGH); Sprechstunde am 19.12., 16 Uhr, Bürgerinitiative, Liebenwalder Straße 18
- **Dr. Steffi Schulze:** ☎ 2325 2580 (AGH); Sprechstunden am 12.12., 15 Uhr, AGH, sowie am 19.12., 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Ingeborg Simon:** ☎ 2325 2587 (AGH) und 784 87 83 (privat); Sprechstunde im Dezember nach Vereinbarung
- **Giyas Sayan:** ☎ 2325 2597 (AGH); Sprechstunden am 4.1.2006, 15 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, AGH
- **Dr. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 2325 2553 (AGH) oder 0151-1560 2356 (Mobil); Sprechstunden am 12.12., 17 Uhr, AGH, weitere Sprechstunden im Dezember nach Vereinbarung.

Alle Abgeordneten bieten zusätzlich auch Termine nach Vereinbarung an. Gern kommen wir zu aktuellen Fragen in Bürger- und Basisveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

## Vorfahrt geändert

Von Gesine Lötzsch, MdB

Am 11.11.2005, zum Karnevalsbeginn, beendeten CDU und SPD ihre Verhandlungen über den Koalitionsvertrag. Sein Titel ist irreführend „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“.

### Leider kein Fastnachtsscherz

Eines fällt sofort auf: Die Vorfahrt wurde geändert. „Vorfahrt für Arbeit“ (CDU) und „keine Merkelsteuer“ (SPD) hieß es im Wahlkampf. Nach der Wahl haben Angela Merkel und Franz Müntefering als erstes die Ministerposten unter sich aufgeteilt. Seitdem haben nicht mehr Arbeitsplätze, sondern die Mehrwertsteuererhöhung Vorfahrt. Das ist ungerecht, unsozial und außerdem ökonomisch unsinnig: Zum einen trifft sie die besonders hart, die jeden Monat ihr gesamtes Einkommen zum Leben brauchen, und zum anderen schwächt sie die Binnenkonjunktur.

Als Trostpflaster für die eigene Basis und die geschröpften Wähler hat sich die SPD die „Reichensteuer“ ausgedacht, die aber eine Nebelkerze ist. Sie soll den Eindruck vermitteln, dass alle im gleichen Maße zur Sanierung der Staatsfinanzen herangezogen werden. Doch wenn wir in unserem Land die gleiche Belastung von Vermögen wie in den USA und Großbritannien hätten, dann gäbe es kein Haushaltsloch. Während der Anteil der Lohnsteuern an der Finanzierung des Gemeinwesens gestiegen ist, hat sich der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen in den letzten 25 Jahren halbiert.

### Zurück in die Kleinstaaterei?

Als Linkspartei setzen wir uns für gleiche Bildungschancen für alle ein. Dazu erscheinen uns auch einheitliche Bildungsstandards nötig. Um es ganz praktisch zu sagen: Ein Berliner Abitur muss genauso viel wert sein wie ein bayerisches. Und es muss möglich sein, von einem Bundesland zum anderen problemlos die Schule zu wechseln. Statt Schlussfolgerungen aus den jüngsten PISA-Ergebnissen zu ziehen, delegiert der Bund die Verant-

## kurz&bündig

Mein neues Flugblatt „kurz&bündig“ liegt druckfrisch vor, diesmal mit einer Preisfrage. Erhältlich ist es in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS (Telefon: 512 20 47)



Foto: Klaus Singer

wortung für die Bildung vollständig auf die Länder. Damit werden die Chancen auf gleichwertige Bildung dramatisch geschmälert. Wer ständig von Globalisierung redet, aber bei der Bildung in die Kleinstaaterei zurückfällt, verbaut jungen Menschen Zukunftschancen.

### Zukunft für Ostdeutschland?

Viel ist in letzter Zeit darüber geschrieben worden, dass jetzt zwei Ostdeutsche an der Spitze der beiden Koalitionsparteien stehen. Da müsste es doch mit dem „Aufbau Ost“ wie von selbst klappen?! Aber alles, was zur Entwicklung des Ostens geschwätzelt wird, bleibt vage und ungenau. Der zuständige Minister, Leipzigs Ex-OB Tiefensee, hat schon mal verkündet, dass es nicht mehr das Geld geben werde, um alles Wünschenswerte zu finanzieren. Was auf welchem Wege erreicht werden soll, bleibt offen. Aus meiner Sicht ist es auch 16 Jahre nach Maueröffnung eine wichtige Aufgabe, Vernünftiges aus der DDR zu erhalten oder wieder einzuführen, z. B. im Universitätsbereich, in der Bildung überhaupt oder im Gesundheitswesen.

### Unterstützung für Berlin?

In den Koalitionsverhandlungen ist mehrfach über eine Berlin-Klausel gesprochen worden. Ob es sich hierbei um mehr als leere Worte handelt, wird sich in nächster Zeit sehr schnell herausstellen. Die Pläne der Deutschen Bahn, die Konzernzentrale von Berlin nach Hamburg zu verlegen, hat in Berlin allgemeines Befremden hervorgerufen. Die Bahn ist kein x-beliebige Privatunterneh-

*Gesine Lötzsch und Katja Kipping protestieren vor dem Konrad-Adenauer-Haus gegen den Koalitionsvertrag.*

men, sondern gehört dem Bund, ist Staatseigentum, sollte eigentlich Volkseigentum sein. Wenn die neue Regierung den Bahnvorstand schalten und walten lässt, wie er will, dann hat die Berlin-Klausel keine Wirkung.

### „Helm ab zum Gebet!“

Helmut Kohl war übrigens der erste Bundeskanzler, der mit einem großen Zapfenstreich aus dem Amt verabschiedet wurde. Nun wurde dieses Tamtam auch für Gerhard Schröder veranstaltet. Ich finde, es muss schon die Frage erlaubt sein, ob diese Art überkommener preußischer Rituale wieder normaler Bestandteil unseres öffentlichen Lebens sein soll. Ich wünsche mir eine moderne und zivile Gesellschaft.

### Ich bin zu erreichen:

Dr. Gesine Lötzsch, MdB:

☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro)

☎ 9927 0725 (Wahlkreisbüro)

Sprechstunde am 10.1.2006, 17 Uhr,  
Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**





## Buch-Tipp



### Überholt wird links

Das zumindest meinen Ulrich Maurer und Hans Modrow, Herausgeber einer spannenden Sammlung von Texten bekannter Linker unterschiedlichster Herkunft und Prägung. Es sind Diskussionsangebote zum Projekt „Linkspartei“, die noch vor der Bundestagswahl formuliert worden sind. Vierzehn kritische, unabhängige Köpfe – Friedrich Wolff, Heinz Niemann, Erhard Crome, Gerhard Zwerenz, Stefan Bollinger, Reinhard Jellen, Uwe Kant, Joachim Bischoff, Christa Luft, Hermann Klenner, Klaus Höpcke, Ulrich Maurer, Robert Allertz und Hans Modrow bieten ihre Sichten an. Dabei sind sie sich mit vielen von uns einig: So geht es

nicht weiter. Doch eine neue Linkspartei muss anders sein als die anderen – alltags-tauglich und visionär gleichermaßen. Erhard Crome: „Die objektive Lage schreit nach einer Vertretung der sozial Schwachen, all der Opfer der derzeitigen neoliberalen Politik ...“. Christa Luft: „Die Politik der Linkspartei muss sich, wenn sie nicht in Pragmatismus erstarren soll, an einer Gesellschaftsvision orientieren. Eine noch so radikale Kapitalismuskritik allein kann diese nicht ersetzen.“

Das Buch versucht zum Klärungsprozess beizutragen: Was kann, was will, was soll die Linkspartei? Wie schwierig das ist, erleben wir ja gerade in Berlin in der Diskussion mit der WASG. Die Autoren provozieren und regen an. Ich kann die Lektüre nur empfehlen, denn wir alle sind zu Antworten aufgefordert. *Inge Uesseler*

- **„Überholt wird links“**, Herausgegeben von Ulrich Maurer und Hans Modrow, edition ost 2005, 231 Seiten, 14,90 €, ISBN3-360-01068-X

## Mal wieder lesen

Die kostenlose Buchausleihe gibt es noch immer in den Räumen der Linkspartei.PDS (Alfred-Kowalke-Straße 14). Das von mir zum Lesen empfohlene Buch „Überholt wird links“ (→ siehe Buchtipps) ist unsere jüngste Neuerung. Fast 400 Angebote linker Literatur stehen schon in unseren Regalen.

Ein großes Dankeschön an alle Buch-Spenden möchte ich an dieser Stelle einmal aussprechen. Unser solidarischer Ansatz ist, nach 1990 erschienene Titel, die von vielen zwar gern gelesen aber wegen des meist hohen Preises oder auch aus Platzgründen nicht erworben werden konnten, zur kostenlosen Ausleihe anzubieten.

Nutzen Sie unser Angebot: Greifen Sie mal wieder zu einem guten Buch. *Inge Uesseler*

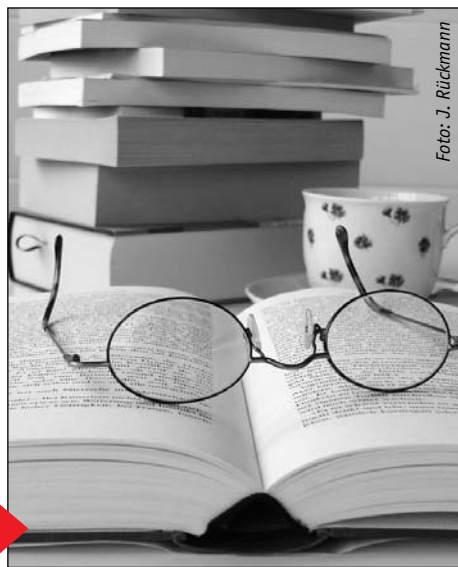


Foto: J. Rückmann

## info links

### Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Bezirksverband Lichtenberg, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 30.11.2005

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 1/2006:

10.1. und 18.1.2006, jeweils 16 Uhr

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/06: 17.1.2006

Die nächste Ausgabe erscheint am 26.1.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann  
Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

## Veranstaltungen

- **Sonnabend/Sonntag, 10./11.12., 10/9Uhr**  
3. Tagung des 9. Bundesparteitages der Linkspartei.PDS; Dresden, Internationales Congress Center
- **Sonntag, 11.12., 10 Uhr\***  
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Soziale Grundsicherung, Mindestlohn“, mit Dr. Stephan Müller und Bernd-R. Lehmann
- **Montag, 12.12., 18 Uhr**  
„Was bringt die große Koalition?“, Forum mit Gesine Lötzsch und Steffi Schulze, „Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Montag, 12.12., 19 Uhr**  
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Dienstag 13.12., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 14.12., 17 Uhr**  
Tagung der Bezirksverordnetenversammlung; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Mittwoch 14.12., 18.30 Uhr\***  
„Die Linkspartei.PDS – für eine realistische Friedens- und Sicherheitspolitik – gegen die NATO-Strategie und das Aufrüstungsgebot der EU-Verfassung“, Forum mit Prof. Wolfgang Triebel
- **Donnerstag, 15.12., 18.30 Uhr\***  
Beratung des BV mit den Wahlkreisaktiven und Sprecherratsvorsitzenden (zur 1. Tagung des 10. Landesparteitages und der 3. Tagung des 9. Bundesparteitages)
- **Sonntag, 15.1.2006, 9 – 13 Uhr**  
Ehrung von Rosa und Karl; Gedenkstätte der Sozialisten, Friedrichsfelde
- **Mittwoch, 25.1., 19 Uhr\*\***  
„Rechtsextremismus“, Vortrag und Diskussion mit Prof. Oskar Niedermeyer (FU Berlin) und Dierk Borstel (Lichtenberger Aktionsplan gegen Rechtsextremismus)

Veranstaltungsorte:

\* Alfred-Kowalke-Straße 14, \*\* Ahrenshooper Straße 5

## Achtung

Entsprechend tariflicher Vereinbarung und wegen Urlaub bleibt die Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS vom

**22.12.2005 bis 6.1.2006**

geschlossen. Alle noch fälligen Beiträge für 2005 bitte bis spätestens 21.12.2005 in der Geschäftsstelle bzw. im Wahlkreisbüro abrechnen.